

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

13.05.2024

# Inhalt

## EWN

1   <b>Ereignis im AKW Grohnde</b> <i>Deister- und Weserzeitung, 10.05.2024</i> .....	3
2   <b>Schutt aus Biblis sofort nach Büttelborn</b> <i>Rhein-Neckar-Zeitung - Heidelberger Nachrichten, 11.05.2024</i> .....	4
3   <b>Akw Fessenheim vor dem Abriss</b> <i>Badische Zeitung Freiburg im Breisgau, 13.05.2024</i> .....	5

📰 Deister- und Weserzeitung | 10.05.2024 | S. 22

📄 Auflage: 14.681 | Reichweite: 39.296

## Ereignis im AKW Grohnde

Das Niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz als die zuständige atomrechtliche Aufsichts- und Genehmigungsbehörde wurde nach eigenen Angaben von der Betreiberin des stillgelegten Atomkraftwerks Grohnde fristgerecht über ein Ereignis gemäß Atomrechtlicher Sicherheitsbeauftragten- und Meldeverordnung nach Kriterium N (normal) 2.2.1 (INES 0) informiert. Demnach trat bei der Bearbeitung radioaktiver Abfälle aus einem Riss im Gehäuse einer

Umwälzpumpe der Fasstrochnungsanlage eine geringe Menge radioaktiver Flüssigkeit aus und floss in die dafür vorgesehene Auffangwanne. Nach der Meldeverordnung ist ein Befund an einem sonstigen aktivitätsführenden System meldepflichtig. Das Ereignis hat keine Auswirkungen auf den bestimmungsgemäßen Restbetrieb oder den Rückbau der Anlage, teilt das Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz am Mittwoch mit.

## Schutt aus Biblis sofort nach Büttelborn

### Rückbau des Atomkraftwerks: Deponie-Entscheidung des Verwaltungsgerichts Darmstadt stößt bei Naturschützern auf Kritik

**Biblis/Büttelborn.** Es ist ein langer, zäher Streit um den Abrisschutt des stillgelegten Atomkraftwerks (AKW) Biblis. Umweltschützer kritisieren nun einen Gerichtsentscheid, obwohl in höherer Instanz noch eine Entscheidung aussteht.

Es ist der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), der eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Darmstadt scharf kritisiert. Es hatte einen sofortigen Vollzug der Ablagerung des Schutts aus dem Rückbau in Biblis auf der Deponie im südhessischen Büttelborn angeordnet. Es dürfe nicht sein, dass das Verwaltungsgericht dem früheren Kernkraftwerksbetreiber RWE einen Freibrief ausstelle, entgegnete der BUND bereits am Dienstag. Der Verwaltungsgerichtshof in Kassel habe noch nicht mal über die Grundsatzfrage entschieden, ob eine Freigabe des Abbruchmaterials überhaupt rechtens sei.

Das Verwaltungsgericht hatte dagegen schon Ende April den Sofortvollzug der Ablagerung des AKW-Schutts in Büttelborn im Kreis Groß-Gerau zugelassen und damit eine Verpflichtung rechtlich untermauert, welche das Regierungspräsidium Darmstadt bereits Mitte vergangenen Jahres gegenüber der Deponie in Büttelborn ausgesprochen hatte. Es geht um 3200 Tonnen von insgesamt einer Million Tonnen Rückbaumaterial, die unter einem Grenzwert von zehn Mikrosievert Strahlenbelastung liegen, was nach Behördenangaben nicht gesundheitsbelastend ist, aber speziell freigegeben werden muss.

Zuvor waren Alternativen und Einwände geprüft worden – und an der Ungefährlichkeit der Abfälle bestand kein Zweifel. Die Deponie Büttelborn befindet sich zudem noch bis 2030 in der Ablagerungsphase und erfüllt die erforderlichen Sicherheitsstandards, hieß es damals. Von einem sofortigen Vollzug war von Seiten des Regierungspräsidiums allerdings nicht die Rede gewe-

sen. Auch nicht im November 2022, als das Ministerium und die Behörde dem Deponiebetreiber in Büttelborn, der Südhessischen Abfallverwertungs-GmbH Savag, erstmals mitteilten, dass Schutt aus Biblis hier gelagert werden sollte.

Zuvor hatte es bundesweit Absagen von Deponien gehagelt. Keiner wollte die leicht kontaminierte Altlast haben, und über eine eigene Deponie zur Ablagerung mineralischer Abfälle verfügt der für die örtliche Entsorgung zuständige Zweckverband Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße (ZAKB) nicht. Daher sah sich der ZAKB damals zu einem Antrag „zur Mitbenutzung einer Deponie“ beim Regierungspräsidium Darmstadt veranlasst.

Die Stadt Büttelborn und Savag hatten dies jedoch abgelehnt. Rückendeckung bekamen sie Ende des Jahres 2022 auch aus dem Kreistag des Kreises Groß-Gerau, der sich einstimmig gegen eine Lagerung auf der Deponie in der 15 000-Einwohner-Gemeinde aussprach. Auch wurden hier Zweifel an der gesundheitlichen Harmlosigkeit des Abfalls laut. Gerade Mitarbeiter der Deponie seien gefährdet. Und auch Feuerwehrleute hätten Angst um ihre Gesundheit – auf der Deponie soll es immer wieder brennen. Der Vorstandsvorsitzende des ZAKB und Kreisbeigeordnete im Kreis Bergstraße, Matthias Schimpf, konnte den Zorn der Nachbarn damals nicht nachvollziehen, sah teils „populistischen Unsinn“: „Ich verstehe die Emotionalität, aber man muss die Kirche im Dorf lassen“, sagte er. Zudem sei es eine Frage der Solidarität. Und es sei ja nicht so, dass im Kreis Bergstraße kein Atommüll liege.

Auf dem Gelände des AKW in Biblis befindet sich ein Zwischenlager für hoch radioaktiven Müll mit 135 Castor-Stellplätzen, 108 davon sind belegt – und das noch mindestens bis zum Jahr 2046. Seit 2017 wird das ehemalige Atomkraftwerk am Rhein abgerissen.

## Akw Fessenheim vor dem Abriss

**In 15 Jahren könnten Reaktorblöcke und Gebäude des Akw Fessenheim verschwunden sein. Die geplante Recyclinganlage für radioaktives Metall liefert aber weiter Stoff für grenzüberschreitende Debatten.**

Was vor fünf Jahrzehnten mit dem Scheitern des Protests gegen das Akw Fessenheim und dem Beginn der Bauarbeiten galt, trifft bis heute zu. Auch das Genehmigungsverfahren für den Rückbau beschäftigt am Oberrhein Deutsche wie Franzosen. Aus den Stellungnahmen der öffentlichen Anhörung war herauszulesen: Die einen sind erleichtert, dass die Planung bis zum Abriss vorangeht, die anderen weiter skeptisch angesichts potenzieller Risiken. Und es gibt nach wie vor Menschen, vor allem in Frankreich, die bis heute überzeugt sind, dass der Staat mit der Abschaltung des elsässischen Akw einen politischen Fehler begangen hat. Der Prozess bis zum Rückbau ist auch ein Spiegel der Debatten um das Thema Atomkraft.

### Der Zeitplan wird konkret

Vier Jahre nach der Stilllegung der beiden Reaktorblöcke rückt der Beginn des Abrisses in greifbare Nähe. Mehrere Monate prüfen die französischen Behörden die 3000 Seiten umfassenden Antragsunterlagen der Betreiberin und beziehen dabei Kritik und Stimmen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung ein. Anfang 2026 rechnet EDF mit der Veröffentlichung des Rückbau-erlasses – dem Startschuss für den eigentlichen Beginn des Abbruchs. Etwa 15 Jahre später soll der Abriss abgeschlossen sein.

Seit dem Abtransport der letzten hochradioaktiven Brennelemente im August 2022 ist die Gefahr eines schweren nuklearen Unfalls ausgeschlossen. Das meiste Material, das jetzt beim Abriss anfällt, ist konventioneller Herkunft und kann dekontaminiert werden. Das Rohrsystem der Kühlkreisläufe etwa wurde 2023 mit einem auch in Deutschland angewandten chemischen Verfahren für die Demontage vorbereitet.

Das Umweltministerium Baden-Württemberg, das über eine Öffentlichkeitsbeteiligung über den Abriss informiert wird und Stellungnahmen abgeben kann, weist darauf hin, dass „keine relevanten negativen Konsequenzen auf deutschem Staatsgebiet zu erwar-

ten“ seien. Voraussetzung dafür sei, dass der Rückbau wie vorgeschrieben ausgeführt werde und es eine engmaschige Überwachung aller Schritte gebe.

### Alles auf Anfang? Das Ziel des Rückbaus

Ist der Abriss abgeschlossen, soll das Gelände für jede beliebige Nutzung freigegeben werden. Formal bedeutet das: Die französische Aufsichtsbehörde entlässt das Gelände nach dem Abriss aus der atomrechtlichen Überwachung. Von den Reaktorblöcken und dem Maschinenhaus wird dann nichts mehr zu sehen sein. Die EDF bleibt aber Eigentümerin und eine industrielle Nutzung des Areals ist wahrscheinlich. Deshalb sollen die Bürogebäude und die bestehenden Bahngleise erhalten bleiben.

Kritik richtet sich vor allem gegen die Pläne, die Fundamente – zumindest bis in ein Meter Tiefe – im Boden zu belassen. Sollten die Sockel der Reaktoren radioaktiv sein, so die Befürchtung von André Hatz, dem Präsidenten von Stop Fessenheim, könnte das oberflächennahe Grundwasser kontaminiert werden.

Damien Morel, der bei EDF für den Rückbau verantwortlich ist, versicherte bei der jüngsten Sitzung der Fessenheim-Kontrollkommission jedoch, dass man eine vollständige Sanierung anstrebe und weder Radioaktivität noch chemische Verunreinigungen zurückbleiben dürften. Zuverlässige Messungen an den Fundamenten sind jedoch erst mit Fortschreiten des Abrisses möglich. Camille Perier von der französischen Atomaufsichtsbehörde machte deutlich, dass diese eine weitreichendere Sanierung verlangt, sollten die Fundamente tatsächlich verstrahlt sein.

### Der Abriss und mögliche Risiken

Der überwiegende Teil der Tätigkeiten während des Rückbaus vollzieht sich innerhalb von Gebäuden, die Zerlegung der Reaktordruckbehälter findet zudem unter Wasser statt. Was nicht bedeutet, dass im Verlauf

der Demontage Risiken völlig ausgeschlossen wären. Doch sie gelten als beherrschbar. So bewertet das französische Institut für Strahlenschutz und nukleare Sicherheit (IRSN) die Projektplanung der EDF als akzeptabel und sieht keine gesundheitlichen Gefahren, hat aber dennoch Empfehlungen zum Risikomanagement abgegeben, die einzuhalten sind.

EDF leitet zudem weiter Borwasser in den Rheinseitenkanal, das zur Kühlung bevorratet wurde. Aufgrund der gesetzlichen Grenzwerte in Frankreich soll eine ausreichende Verdünnung jedoch gewährleistet sein.

Das Umweltministerium Baden-Württemberg weist in seiner Stellungnahme auf eine potenzielle Gefährdung des Grundwassers auf deutscher Seite durch verschiedene Stoffe hin. Fessenheim liegt 1,5 Kilometer von der deutschen Grenze entfernt. In größerer Tiefe des Grundwasserleiters sei eine Unterströmung denkbar. Das Land macht deshalb deutlich, dass man sich eine zuverlässige Überwachung des Grundwasserstroms ab dem Standort wünscht, auch wenn im weiteren Verlauf des Grundwasserabstroms ebenso wie im Rhein eine Verdünnung zu erwarten sei.

### **EDF will eine Einschmelzanlage für Fessenheim**

Februar 2019: In die deutsch-französische Vereinbarung zur Nachnutzung von Fessenheim platzten die Pläne der EDF für ein sogenanntes Technocentre, eine Einschmelzanlage für Metall, das im Akw verbaut war. Im grenzüberschreitenden Kontext sorgten die Pläne für eine deutliche Verstimmung. Denn das Technocentre entspricht so ziemlich genau dem Gegenteil von dem, was man sich auf deutscher Seite als Kooperationsprojekt nach der Stilllegung des Atomkraftwerks erhofft hatte. Nämlich eine gemeinsame Ansiedlung von Industrie und Wissenschaft zur Forschung an einer zukunftsweisenden Nutzung von Wasserstoff. Der Gewerbepark sollte eine Signalwirkung für nachhaltige Energiegewinnung haben.

Paradoxerweise bildet die französische Sicht auf das Technocentre hierzu keinen Widerspruch. Die Einschmelzanlage wird in Frankreich ein Novum sein und als notwendiges Exzellenzprojekt präsentiert. Zudem findet es politisch breite Unterstützung. Auf deutscher Seite kommt es als der zu schluckende Wermutstropfen an, wenn man vermeiden möchte, dass EDF die Freifläche neben den stillgelegten Reaktoren mittelfristig nicht für einen der in Frankreich geplanten neuen modularen Reaktoren nutzen will.

Das Technocentre und sein schwedisches Vorbild EDF hat bei der Planung des Technocentre schnell Nägel mit Köpfen gemacht. Laurent Jarry, Direktor des EDF-Standortes Fessenheim, geht davon aus, dass die An-

lage nach etwa vier Jahren Bauzeit 2031 in Betrieb gehen kann. Bis dahin muss der Konzern noch einen öffentlichen Abstimmungsprozess durchlaufen.

EDF hat sich längst vorbereitet. 2016 hat der französische Stromkonzern in Schweden eine solche Anlage für die Verarbeitung von sehr schwach radioaktiven Metallkomponenten, die beim Rückbau von Atomkraftwerken oder nach Erneuerung von Teilen im laufenden Betrieb anfallen, erworben. Ende der 1980er Jahre wurde die Anlage ursprünglich als Forschungs- und Entwicklungsstandort gebaut, an der schwedischen Ostseeküste in der Nähe der Kleinstadt Nyköping, eine Autostunde südlich von Stockholm. Mit Cyclife, wie der Name der EDF-Tochter lautet, hat der französische Staatskonzern die Expertise für sein Projekt im Elsass eingekauft. Inzwischen entsteht dort auch ein Erweiterungsbau, der die Kapazitäten auf 10.000 Tonnen pro Jahr verdoppelt. Und die Anlage dient als Modell für das französische Technocentre.

Im Elsass strebt EDF eine weitaus größere Verwertungskapazität an, von bis zu 25.000 Tonnen Metall pro Jahr ist die Rede. Vorrangiges Aufgabenfeld: Das Einschmelzen der Metallkomponenten aus Fessenheim und die Weiterverarbeitung von Metall aus einer stillgelegten Fabrik zur Urananreicherung im französischen Pierrelatte (Drôme).

Bei elsässischen Atomkraftkritikern stößt auf, dass das Technocentre in der Rückbauplanung fest einkalkuliert ist, noch bevor ein ordentliches Genehmigungsverfahren durchlaufen ist. Aus Sicht des Umweltministeriums in Baden-Württemberg lässt sich Frankreich hier auf einen unsicheren Entscheidungsweg ein, für den eigentlich Alternativen eingeplant werden müssten.

### **Wohin mit Material aus dem Abbruch?**

Der weitaus größte Teil der Masse eines Atomreaktors ist nicht oder nur wenig belastet. Die Weiterverwertung der Materialien aus dem Rückbau von Nuklearanlagen klingt schlüssig und wird auch auf den Abrissstellen der deutschen Akw praktiziert. Radioaktive Bestandteile werden beim Schmelzvorgang etwa des Metalls von Dampferzeugern in der Schlacke abgeschieden, die anschließend sicher endgelagert werden muss. Stefan Auchter, Geschäftsführer des BUND Südlicher Oberrhein, würde es mit Blick auf Deutschland wie auf Frankreich vorziehen, dass sichergestellt würde, wenn das Metall aus dem Rückbau von Kernkraftwerken im Kreislauf der Nuklearindustrie bliebe. Daraus ergäben sich für die Industrie mehr Aufwand und höhere Kosten, sagt Auchter. Die Kontrolle über das aufbereitete Material läge jedoch lückenlos bei den Strahlenschutzbehörden.